

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 20. Die "Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich morgens an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen. Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petritauer 109
Telephon 136-90. Postkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die liebengespalte Millimeterzeile 15 Groschen, im Texte die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

11. Jahrg.

Die Post ist zu teuer.

100 000 Zloty Jahresgehalt des Chefdirektors des „Polnische Radio“.

In den geistigen Beratungen über das Budget des Ministeriums für Post und Telegraphen wurde allseitig darüber Klage geführt, daß die Post- und Telegraphengebühren verhältnismäßig hoch sind. Der jüdische Abgeordnete Rosman in Krakau beklagte sich im besonderen darüber, daß noch weiterhin eine Briefzettel bestehende. Große Sensation rief die Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Buzaki, ob es stimme, daß der Chefdirektor der Rundfunkgesellschaft „Polnische Radio“ ein Jahresgehalt von 100 000 Zloty beziehe, hervor.

Der Postminister Boerner hob hervor, daß in den letzten Jahren sich die Verhältnisse im Postwesen gebessert haben. Um die Einnahmen zu erhöhen, wird die Tätigkeit der Post nach kaukasischen Grundlagen geführt. Die Post schließt mit keinem Defizit ab, wenn auch der Überschuss ganz gering ist. Zu den Bezügen des Chefdirektors des „Polnische Radio“ erklärte der Minister, daß das Gehalt von 100 000 Zloty jetzt um 50 Prozent gekürzt wurde; es hängt aber von der Entwicklung des Rundfunks ab.

Das Budget des Post- und Telegraphenministeriums wurde in zweiter Lesung angenommen.

Die Aussprache über das Kriegsbudget

Zum Budget des Kriegsministers nahm gestern im Budgetausschuß des Sejm der Abg. Czerniawski (Nationaldemokrat) als erster das Wort. Er erklärte, daß dem Heer im neuen Budgetjahr all das zulommen müsse, was es bisher erhalten habe. Da aber die Materialpreise von 30 bis 50 Prozent gesunken sind, so müßten auch die Ausgaben sich verringern.

Es sprach dann Abg. Tebinka (Regierungspartei), der Anschuldigungen an die Adresse der Nationaldemokraten rückte, was zu wörtlichen Zusammenstößen zwischen ihm und dem nationaldemokratischen Abg. Arciszewski führt, welch letzterer für ein Schimpfwort vom Vorsitzenden gerügt wird. Der Abg. Tebinka rief aber nachher noch das parlamentarische Ehrengericht an.

Hierauf nimmt der stellv. Kriegsminister Skadkowski zu Ausrüstungsangelegenheiten Stellung, wobei er seine Ausführungen mit reichen Daten und rechnerischen Darstellungen unterstützt. Als der Minister von der Gasabwehr spricht, erscheint im Sitzungssaal ein Soldat in voller Gasabwehrrüstung. Dann werden den Abschlußmitgliedern Konsernen und Militärbrot überreicht. Schon vor Beginn der Ausspruchung hatten die Abgeordneten die Gelegenheit, Tanks und Militärautos zu sehen, die auf dem Sejmshof demonstriert wurden.

Abruch der polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Gestern spät abends versandte die sowjetrussische Gesandtschaft in Warschau an die Presse ein Communiqué, in dem sie mitteilt, daß die Verhandlungen um Verlängerung des Vertrags der polnisch-sowjetrussischen Handelsgele-

shaft „Sowpolorg“ abgebrochen wurden. Als Grund dafür wird angegeben, daß die polnische Seite die Höhe der dem „Sowpolorg“ gewährten Kredite herabgesetzt habe.

Durch den Abruch der Wirtschaftsverhandlungen ist auch der Anlauf von Textilwaren durch Sowjetrußland in den Lodzer Firmen Pognanski, Etington und Geyer für die Summe von einigen Millionen Zloty hinfällig geworden.

Heute Sejmssitzung.

In der heutigen Sitzung, die um 4 Uhr nachmittags beginnt, gelangen eine Reihe weniger wichtiger Angelegenheiten zur Beschlusssetzung sowie die erste Lesung einer Gesetzesvorlage.

Der für den heutigen Vormittag einberufene Bildungsausschuß wird sich mit der stark umstrittenen Gesetzesvorlage über die akademischen Schulen befassen.

Bodenreform wird begraben.

In den nächsten Tagen wird die Regierung im Sejm eine Gesetzesvorlage in Sachen der Veröffentlichung derjenigen Landgüter, die des zwangsweisen Ankaufs Zwecke der Bodenreform unterliegen, einbringen. Die Gesetzesvorlage sieht vor, daß der im Parzellierungssplan für das Jahr 1933 zum Auskauf vorgelegene Boden nicht zur Veröffentlichung gelangen wird. Dadurch wird die Bodenreform für 1933 vollkommen begraben.

Zwei Hymnen.

Unter diesem Titel ist im „Robotnik“ zu lesen:

„Fürst Albrecht Radziwill wurde im Petersburger Pagenkorps erzogen. Diese Anstalt gibt es jetzt schon nicht mehr, aber in der ganzen Welt leben zerstreut die Zöglinge der Anstalt, die alljährlich Zusammenkünfte veranstalten.“

In diesem Jahre fand die Zusammenkunft mit altpolnischer Gastfreundlichkeit beim Fürsten Albrecht Radziwill in seinem Warschauer Palais in der Ujazdower Allee statt. Bei der Eröffnungsfeier wurde die polnische Hymne sowie die alte zaristische Hymne „Gott schütze den Zar“ gesungen. In welcher Reihenfolge dies geschah — konnte nicht festgestellt werden.“

Kolumbianische Offensive.

Rio de Janeiro, 19. Januar. Die kolumbianische Regierung hat den Oberbefehlshaber ihrer auf dem Amazonas schwimmenden Streitkräfte General Cobo angewiesen, zum Angriff gegen Leticia vorzurücken. Die kolumbianische Flotte wird in den nächsten Tagen vor Leticia erwartet.

Frankösische Regierung in Gefahr

Sozialistische Gegenvorschläge zum Finanzplan angenommen.

Paris, 19. Januar. Der Finanzausschuss lehnte in der Donnerstagssitzung den größten Teil der Artikel des Finanzprogramms der Regierung ab und ersegte sie durch sozialistischen Gegenvorschläge.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Malvy bezahlte abends zum Finanzminister Cheron, um mit ihm im Beisein des Ministerpräsidenten die neue Lage zu besprechen. Im Anschluß an die Unterredung mit dem Präsidenten des Haushaltsausschusses erklärte Finanzminister Cheron, er habe nichts dagegen, wenn der Finanzausschuss Zuflussmittel oder Abänderungen einbringe, die den Zweck des Haushaltshaushaltsvergleichs verfolgen.

Diese Erklärung Cheros bedeutet einen klaren Rückzug gegenüber seiner wiederholten Erklärung, daß sein Programm angenommen oder abgelehnt werden müsse. In parlamentarischen Kreisen ist man aber nicht so wenig der Auffassung, daß ein Konflikt zwischen dem Finanzminister und dem Finanzausschuss unvermeidlich ist und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Finanzminister noch vor der Beratung seines Programms in der Kammer seinen Rücktritt einreicht.

Paris, 19. Januar. Der Präsident der Republik hat die Regierung in Kenntnis gesetzt, daß er auf 10 Prozent seiner Bezüge verzichte. Auch die Bezüge der Unterstaatssekretäre werden um 10 Prozent gefügt werden.

Oplata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Heute Entscheidung.

Wird der Reichstag vertagt oder aufgelöst?

Berlin, 19. Januar. Reichskanzler v. Schleicher hat heute den Abg. Simplicius von den Christlichsozialen empfangen. Morgen wird er im Zuge dieser Besprechungen den Prälaten Leicht von der Bayerischen Volkspartei bei sich sehen.

Natürlich konzentriert sich das Hauptinteresse jetzt auf die morgen, Freitag, stattfindende Sitzung des Reichstagsrates. Sie wird den Stand haben, die Tagordnung für die Reichstagsitzung für den 24. d. Mts. festzulegen.

Wie sich die Dinge entwickeln haben, liegt die Bedeutung der Sitzung des Reichstagsrates aber doch in der Frage, ob der Reichstag zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin überhaupt zusammentritt oder ob man zu einer neuen Vertagung kommt. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird kein Hehl daraus gemacht, daß die Regierung eine Vertagung von etwa zwei oder vier Wochen nicht für tragbar hält. Denn dann würde man im nächsten Monat oder doch spätestens Anfang März wieder vor derselben Situation eines ständigen Hängens und Würgens stehen, wie es augenblicklich der Fall ist. Das hält die Reichsregierung offenbar schon mit Rücksicht auf die Wirtschaft für einen unmöglichen Zustand, und man kann wohl annehmen, daß Staatssekretär Planck in Vertretung des Reichskanzlers morgen dem Reichstagsrate eine entsprechende Erklärung abgeben wird. Wie die Dinge morgen laufen werden, darüber herrscht noch immer vollkommene Unklarheit.

Eine Antwort Breitscheids auf Schlechers Diktaturpläne.

In einer Vertreterversammlung der SPD im Bezirk Friedrichshain sprach gestern der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid über die Lage. Dabei hat Breitscheid auch die Gerüchte behandelt, die davon sprechen, daß das Reichskabinett den Reichstag auflösen wolle, ohne Neu-Neuwahlen auszuschreiben.

Dieser Plan würde mir vollkommen absurd erscheinen, wenn mir nicht der General von Schleicher, als ich vor seiner Berufung zum Reichskanzler im Auftrage der Partei bei ihm war, nachstehende Frage vorgelegt hätte: „Würde die Sozialdemokratie, wenn der Reichstag wegen Arbeitsunfähigkeit aufgelöst und die Frist für Neuwahlen des Reichstages ausbleibt, deshalb auf die Barriladen gehen?“. Ich antwortete ihm: „Auf die Barriladen will ich mich nicht festlegen, aber für die Arbeiterschaft wäre eine solche Maßnahme Anlaß, mit allen Mitteln gegen die Regierung vorzugehen. Eine solche Provokation der Arbeiterschaft würde die stärksten Stürme hervorrufen.“

Preußischer Landtag vertagt.

Berlin, 19. Januar. Der preußische Landtag vertagte sich am Donnerstag abend nach dem Abschluß der Schulausprache bis zum 15. Februar. Der Präsident erhielt die Ermächtigung, erforderlichenfalls den Landtag zu einem früheren Zeitpunkt einzuberufen.

Die deutschen Kommunisten gegen die Enheitsfront.

Breslau, 19. Januar. In der schlesischen Websiedlung Langenbielau ist der langjährige Parteisekretär der Kommunistischen Partei, Gransalle, zur SPD übergetreten. Gransalle begründete seinen Aufnahmeantrag in einer Kreisversammlung der SPD mit dem verlogenen Enheitsfrontgeschrei der Kommunisten. Er berichtete, daß die Sekretäre der Kommunistischen Partei noch während der letzten Wochen in mehreren vertraulichen Rundschreiben von der Berliner Parteileitung angewiesen worden seien, die Einheitsfrontlösung lediglich als Agitationsschlagwort zur Ausputzung der Arbeiter gegen die Eisernen Front zu benutzen. Ein Zusammensehen mit der SPD in den Parlamenten, so sei weiter in dem Rundschreiben mitgeteilt worden, komme für die Kommunistische Partei überhaupt nicht in Frage.

Kommunisten mit Zuchthaus bestraft.

Leipzig, 20. Januar. Im Prozeß gegen die Chemnitzer „Rote Wehrstaffel“ wurden 8 Kommunisten zu Zuchthausstrafen von 2 bis 7 Jahren verurteilt.

Arbeitszeitkürzung ohne Lohnkürzung.

Einschließung angenommen, der Kern der Sache wird jedoch nicht berührt.

Grenz, 19. Januar. Auf der internationalen Konferenz für die Einführung der 40-Stundenwoche wurde in der Donnerstagvormittagssitzung eine von der Regierungsgruppe eingebrachte Einschließung angenommen, in der im Falle des Zustandekommens eines internationalen Abkommens zur Kürzung der Arbeitszeit die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert wird.

Die Einschließung vermeidet jede Festlegung im einzelnen. Sie stellt fest, daß die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel sei, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet seien. Das Ziel der Einzelberatungen sei, eine internationale Abmachung zustande zu bringen, deren Durchführung so zu gestalten sei, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ermöglicht werde.

Die Einschließung, die vom Internationalen Arbeitsamt vorbereitet wurde, ist im Namen der Regierung Frankreichs, Belgiens, Hollands, Spaniens, Chiles, Deutschlands und Italiens eingebracht worden. Von den

Regierungen haben sich England und Portugal dagegen ausgesprochen.

Für die Einschließung der Regierungsgruppe stimmte auch der polnische Minister Dolezal.

Die von der Arbeitnehmergruppe eingebrachte Einschließung, daß die Einführung der 40-Stundenwoche keine Kürzung der Löhne herbeiführen dürfe, wurde abgelehnt.

Französische Arbeitgeber gegen 40-Stundenwoche.

Paris, 19. Januar. Ministerpräsident Paul Boncour empfing eine Abordnung der großen Arbeitgeberverbände der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, die ihm eine Einschließung gegen die 40-Stundenwoche überreichten. Diese Maßnahme würde, so wird in der Einschließung ausgeführt, gegen die Interessen sowohl der Verbraucher als auch der Produzenten, der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Angestellten verstößen. Auch eine zeitweise Einführung der 40-Stundenwoche bedeute eine Gefahr für die Wirtschaft.

Die Schwierigkeiten der russischen Landwirtschaft

Stalin über die Mängel der Parteiarbeit auf dem Lande.

Moskau, 19. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) In einer zweiten Rede in der Plenarsitzung des Zentralkomitees besaß sich Stalin mit den Mängeln der Parteiarbeit auf dem Lande. Der Hauptmangel bestehet darin, daß trotz der guten Ernte die Getreidebeschaffung heuer unter größeren Schwierigkeiten verlaufen sei, als im Vorjahr.

Die erste Ursache dafür sei, daß die Dorfsarbeiter, die durch Einführung des Kollektivwirtschaftshandels geschaffene Lage nicht zu berücksichtigen verstanden hätten. Die Mehrheit der Dorfcommunisten hätte nur an der positiven Seite des Kollektivwirtschaftshandels Gefallen gefunden und nicht in Betracht gezogen, daß seine negative Seite den Staat schädigen könne. Trotzdem sei die Einführung des Kollektivwirtschaftshandels kein Fehler gewesen.

Die zweite Ursache liege darin, daß die Parteigenossen auf dem Lande nicht begriffen hätten, daß mit dem Übergang zur kollektiven Wirtschaft der Schwerpunkt der Verantwortung vom Einzelbauern auf die Führergruppe der Kollektivwirtschaften übergegangen sei. Eine Kollektivwirtschaft, die als Großwirtschaft Hunderte oder sogar Tausende von Höfen umfaßt, könne nur bei planmäßiger Führung mit einem Minimum geschulte Kräfte arbeiten.

Die Partei müsse ihre Verbindung mit der Kollektivwirtschaft verstärken. Heute, erklärte Stalin, sitzen in den Kanzleien, kraxen mit den Federn und bemerken nicht, daß die Entwicklung der Kollektivwirtschaftshandels

ausserhalb der bürokratischen Kanzleien verläuft.

Als dritte Ursache der Mängel der Parteiarbeit auf dem Land bezeichnete Stalin die Überschätzung der Kollektivwirtschaften als neue Wirtschaftsform. Alles hängt davon ab, welchen Inhalt diese sozialistische Organisationsform erhalten und welche Leute an ihrer Spitze stehen.

Die vierte Ursache der Mängel der Parteiarbeit sei die Sabotage- und Schädlingstätigkeit der sowjetischen Elemente im Dorfe. Für Kollektivwirtschaften, die neutral seien oder in denen sich Klassefeinde befinden, sei bei dem scharfen Klassenkampf, der jetzt im Sowjetrußland herrsche, kein Raum.

Die fünfte Ursache bestehe in der Unterdrückung der Rolle und der Verantwortung der Kommunisten auf dem Gebiet des Kollektivwirtschaftsaufbaues. Während auf der einen Seite mustergültige Kollektivwirtschaften bestehen, zerfallen in unmittelbarer Nachbarschaft Kollektivwirtschaften trotz gleichen Bedingungen. Die Ursache sei, daß sie im ersten Fall von wirklichen Kommunisten geleitet werden, im zweiten Fall von willensschwachen Menschen, die nur das Parteibuch in der Tasche tragen.

Stalin schloß, er glaube, daß diese Mängel unbedingt und zwar schon in nächster Zeit beseitigt werden können. Seiner Meinung nach seien die politischen Abteilungen der Maschinen- und Traktorenstationen und der Sowjetgitter eines der entscheidenden Mittel hierfür.

Entscheidungen über die Weltwirtschaftskonferenz.

Grenz, 19. Januar. Der vorbereitende Sachverständigenausschuß hat einen Bericht über seine Arbeiten zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz ausgearbeitet. Für die Tagesordnung der Londoner Konferenz werden in dem Bericht folgende große Fragenkomplexe vorgeschlagen: 1. Währung und Kreditpolitik, 2. Preise, 3. Wiederaufnahme des Kapitalverkehrs, 4. Handelshemmnisse, 5. Zoll- und Handelsvertragspolitik, 6. Organisation der Produktion und des Warenaustausches.

Der Bericht geht jetzt an einen Organisationsausschuß, der am 25. d. Mts. unter Vorsitz des englischen Außenministers Sir John Simon in Grenz zusammentritt und einen Beschluß über das Datum und den Vorsitz der Konferenz fassen wird. Die Konferenz wird in London, und zwar voraussichtlich unter dem Vorsitz Mac Donald stattfinden. Über das Datum gehen die Meinungen noch auseinander. Während auf englischer Seite aus einem möglichst nahen Zeitpunkt gedrängt wird, hat es den Anschein, als ob die Amerikaner sich erst für Juni vorbereiten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sachverständigen vor der Londoner Konferenz noch einmal zusammen treten, um eventuell den Entwurf eines Abkommens über wirtschaftliche Ausrüstung vorzubereiten.

Wie die Londoner Presse sich aus Grenz melden läßt, hat der vorbereitende Währungsausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz beschlossen, daß eine Regelung der Kriegsschuldenfrage nicht mehr zur Voraussetzung für die Weltwirtschaftskonferenz gemacht werden soll. Diese Formulierung sei auf den Einfluß der amerikanischen Vertreter zurückzuführen.

Roosevelts Konferenzen mit Hoover und Stimson.

Er wird Kriegsschuldenfrage mit Hoover und Fernostkonsult mit Stimson besprechen.

Washington, 19. Januar. In unterrichteten politischen Kreisen versautet, daß die Konferenz zwischen Hoover und Roosevelt im Weißen Hause am Freitag hauptsächlich der zukünftigen Behandlung der Kriegsschuldenfrage gewidmet sein dürfte, nachdem es seitens, daß keine Übereinstimmung über die amerikanische

Innenpolitik erzielt werden konnte. Von besonders gut informierter Seite wird behauptet, daß die Konferenz im Weißen Hause auf den speziellen Wunsch der „nichtsäumigen europäischen Schulden“ — gemeint ist wohl England — zustandekommt, mit dem ausgesprochenen Ziel, Roosevelts Stellungnahme zur Frage der Kriegsschulden kennen zu lernen. An der Konferenz werden im übrigen auch Stimson, Mills und Moley teilnehmen.

Roosevelt wird unmittelbar nach seiner Ankunft am Donnerstag nachmittag eine Unterredung mit Stimson haben, wobei alle außenpolitischen Fragen, insbesondere Japan und der Konflikt im Fernen Osten behandelt werden sollen.

Es verlautet, daß entgegen den bisherigen Gepflogenheiten weitere Konferenzen zwischen Hoover und Roosevelt folgen werden.

Neu York, 19. Januar. Franklin Roosevelt reist im Salonwagen, in dem sich außer ihm Norman Davis und andere seiner vertrauten Ratgeber befinden, nach Washington. Die Professoren Moly und Tugwell begleiten ihn als Wirtschaftsberater.

Waffenexportverbots in U.S.A.

Washington, 19. Januar. Der Senat nahm eine Einschließung an, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt, die Waffenexport zu verbieten.

Demonstration mit Kühen in Wien.

Wien, 17. Januar. Um gegen die Milchsteuer zu demonstrieren, beschlossen die Produzenten und Händler nach Wien aus der Umgebung 5000 Kühe heranzuschaffen und sie vor das Parlament aufzustellen. Fürmehr, eine originelle Demonstration! Doch hatte die Polizei dafür kein Verständnis und verbot die beabsichtigte Demonstration.

Erwerbslosendemonstration.

Katibor, 20. Januar. Die Kommunisten halten heute etwa 2000 Erwerbslose zusammen, die vor dem Landratsamt demonstrierten. Polizeibeamte wurden von Demonstranten zu Boden geworfen und misshandelt. Die Polizei gab Schreckschüsse ab und löste die Kundgebung auf.

380 chinesische Soldaten erschossen.

Ein mandjurischer Minister ermordet?

Shanghai, 20. Januar. 380 chinesische Soldaten, die vor japanischen Truppen auf einen Berggipfel an der Koreanischen Grenze geflüchtet waren und 14 Tage lang erbitterten Widerstand geleistet hatten, sind erschossen aufgefunden worden.

Japanische Patrouillen entdeckten am Mittwoch auf dem Berge Takujen in einer chinesischen Stellung die Leichen von 380 erschossenen chinesischen Freiwilligen, die nur mit dünnen Sommeruniformen gekleidet waren. Es handelt sich um die Überreste einer Truppenabteilung, die sich im Dezember vor einer großen japanischen Übermacht auf den Gipfel des Berges zurückgezogen hatte. Die Chinesen legten dort befestigte Stellungen an und schlugen 14 Tage lang alle japanischen Angriffe erfolgreich zurück. Als dann eine große Kältewelle kam, verstummte das chinesische Feuer, während die Japaner ihrerseits den Angriff ebenfalls einstellten. Die Chinesen haben trotz der Kälte bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten ausgehalten. Die Hände vieler Soldaten hielten noch die Gewehre umklammert.

Paris, 19. Januar. Havas meldet aus Peking, daß der Minister der Mandchurei, Tschouengtaußiu, von einem Koreaner ermordet worden sein soll.

7000 Kommunisten in Japan verhaftet.

Tokio, 19. Januar. Die Behörden haben die Verfügung, durch die die Veröffentlichung irgend welcher Nachrichten über die Ende Oktober v. J. aufgedeckte kommunistische Verschwörung in der Presse verboten wurde, aufgehoben und nunmehr Einzelheiten über die zur Zeit der Aufdeckung der Verschwörung vorgenommene Verhaftung von 2000 Personen bekanntgegeben. Es wird angedeutet, daß diese Verschwörung einen Umsturz der sozialen Ordnung anstrebe. Die Massenverhaftungen wurden im Anschluß an das Verhör dreier Männer vorgenommen, die bei dem Angriff auf eine Bank in Omori unwitentlich Tokio festgenommen werden konnten. Diese Verhafteten verraten Ort und Stunde einer bevorstehenden wichtigen Konferenz der kommunistischen Führer. Die gut ausgerüstete Polizei spürte die Verschwörer auf und verhaftete nach einem hartnäckigen Kampf, bei dem vier Polizisten verletzt wurden, 11 Männer.

Es wird mitgeteilt, daß Ende vorigen Jahres unter den radikalsten Elementen in Tokio allein insgesamt 7000 Personen verhaftet wurden. Es handelt sich vorwiegend um junge Burschen und Mädchen, von denen viele ausreichen Tokioter Familien stammen.

SA-Waffenlager aufgedeckt.

Der Führer muß polizeilichen Schutz suchen.

Frankfurt a. d. O., 19. Januar. Wie amtlich bestätigt wird, wurden am 14. Januar auf Anzeige des Kutschers der in der Nähe von Frankfurt a. d. O. gelegenen Rätschmühle bei Kunnerstorf, Kreis West-Sternberg, auf dem Grundstück der Mühle von den zuständigen Landjägerbeamten Waffen gefunden. Es handelt sich um 23 Mauserpistolen Kaliber 7,5 Millimeter mit Ansatzlösen, zwei Karabiner (umgearbeitetes Modell 98), 1 Gewehr und 2000 Schuß überwiegend Pistolenmunition. Der Kutscher hatte die Waffen angeblich vor einigen Tagen ohne Wissen des Mühlenbesitzers in seinem Versteck entdeckt, an mehreren Stellen vergraben und dem Mühlenbesitzer die Entdeckung am 13. Januar unter Vorzeigung einer der gefundenen Pistolen zu verhören gegeben. Der nationalsozialistische Mühlenbesitzer hat darauf in der Nacht zum 14. Januar unter Hinzuziehung von zwei Zivilisten und zwei Personen, die unbefugt Reichswehruniform trugen, eine „Vernehmung“ des Kutschers durchgeführt. Durch wurde dieser gezwungen, sich wegen der ihm drohenden G-Jahre am 14. Januar in polizeilichen Schutz zu geben. Es handelt sich, wie auch die Frankfurter Bezirksregierung ausdrücklich feststellt, um ein verbotenes Waffen- und Munitionslager der SA der DSDAP. Die Waffen sind polizeilich beschlagnahmt worden.

Der tschechische Fähnrich Stribrny erneut vom Meineid freigesprochen.

Iglau, 19. Januar. Im Meineidsprozeß gegen den früheren Minister und jetzigen Führer der tschechischen faschistischen Liga Stribrny und den mit ihm angeklagten Uhlamer Schrovny wurde am Donnerstag um 9 Uhr das Urteil gefällt. Die beiden Angeklagten wurden abermals freigesprochen. Bereits vor einem Jahr hatte das Prager Gericht dasselbe Urteil gefällt. Auf die Einsprüche des Staatsanwalts hatte jedoch das Oberste Gericht in Brünn eine neuere Verhandlung in Iglau angeordnet die nunmehr mit demselben Ergebnis endete.

Mostau baut ein Riesenflugzeug.

Wie das Mosauer amtliche Radio meldet, haben die sowjetrussischen öffentlichen Organisationen eine öffentliche freiwillige Sammlung durchgeführt, die, wie es ausdrücklich in der Radiomeldung heißt, 2 Milliarden Rubel erbrachte. Hierfür wird nunmehr ein Riesenflugzeug von bisher unerhöhten noch nie dagewesenen Ausmaßen errichtet, das den Namen Maxim Gorki führen wird. Vor dem Apparates wird sich u. a. auch ein Lichtspieltheater befinden, sowie eine eigene Druckerei.

Aus Welt und Leben.

Massensterben an Grippe.

In der vergangenen Woche sind in England 1041 Personen an Grippe gestorben, gegen 681 in der Vorwoche. Das Aufsteigen der Krankheit war besonders stark in Groß-London, wo 371 Todesfälle zu beklagen waren gegen 163 in der Vorwoche. In Liverpool starben 45 gegen 29 in der Vorwoche, in Manchester 49 (22), in Portsmouth 35 (19).

Schulen in Deutschland infolge Grippe geschlossen.

Sämtliche Schulen in Göttingen sind wegen der Grippeepidemie geschlossen worden. Auch in Braunschweig wurden die Schulen wegen der zahlreichen Grippeerkrankungen geschlossen. In den Volksschulen fehlen etwa 53 Prozent und in den übrigen Schulen etwa 33 Prozent aller Kinder. Auch die Lehrerschaft ist in hohem Grade von den Erkrankungen getroffen.

Sechs Bergleute verschüttet.

Im Fond de Gras an der luxemburgisch-französischen Grenze ging am Donnerstag in einer dortigen Erzgrube ein Stollen zu Bruch. Sechs Bergleute wurden verschüttet. Die Verbindung mit den Verschütteten konnte bisher noch nicht hergestellt werden. Zur Rettung der Verunglückten muß ein Stollen angelegt werden, was eine Arbeit von 36 Stunden erfordert.

Stapellauf des Panzerschiffes „Deutschland“.

Kiel, 19. Januar. Das auf den deutschen Werken in Kiel erbaute und jetzt seiner Vollendung entgegengehende erste deutsche Panzerschiff „Deutschland“ ist heutvormittag unter deutscher Handel abgezogen zu seiner erster Werftprobefahrt in die Kieler Bucht ausgelaufen, von der es gegen 7 Uhr abends zurückkehren wird.

Die Übergabefahrt wird am 27. Februar von Kiel aus durch den Nordostsee-Kanal beginnen. In Wilhelmshaven wird dann am 1. April kurz vor dem Stapellauf des Panzerschiffes „B“ die „Deutschland“ Flagge und Wimpel hissen. Die Besatzung wird von dem Kreuzer „Emden“ gestellt, der zur Grundüberholung für einige Zeit außer Dienst gestellt wird.

Kurzschluß die Ursache des „Atlantique“-Unglücks.

Paris, 19. Januar. Zu der Ursache des Brandes auf der „Atlantique“, die, wie gemeldet, wahrscheinlich in einem Kurzschluß elektrischer Kabel zu suchen ist, meint der „Matin“ noch, daß der Kurzschluß selbst vermutlich durch den hohen Seegang in der Nacht vor dem Brand hervorgerufen worden ist. Der Sturm sei so heftig gewesen, daß ein Flügel im Speisesaal umstürzte. Man könne also annehmen, daß die in der Kabine 232 aufgestellten 32 Matrosen ins Rollen kamen und eine elektrische Lampe heruntergerissen wurde, wodurch der Kurzschluß entstanden sei. Es sei nur ein eigentlicher Brandherd festzustellen gewesen. Anhand der an Bord befindlichen Uhren habe man durch einen Vergleich der Zeiten, zu denen sie stehen blieben, die Entwicklung des Brandes verfolgen können. Ein Fischer hat vor Cherbourg auf hoher See die Leiche eines Ingenieurs der „Atlantique“ gefunden und an Land bringen können.

Die vom Handelsgericht in Cherbourg mit der Prüfung des Wracks der „Atlantique“ betrauten Sachverständigen erläutern in einem Bericht, daß der Schiffsrumpholz im Trockendock untersucht werden könne. Die Wiederinstandsetzung unter Verwendung der noch brauchbaren Materialien würde sich auf rund 208 Millionen stellen.

Norwegischer Frachtdampfer verbrannt.

Wie aus Lille gemeldet wird, ist an Bord des norwegischen 15 000 Tonnen-dampfers „Taronga“ mit 12 000 Ballen australischer Wolle im Roten Meer bei Perim Feuer ausgebrochen. Während die Besatzung gerettet worden sein soll, soll der Dampfer vollständig verbrannt und untergegangen sein.

Schnee und Nebel über England.

London, 19. Januar. Am Mittwoch herrschte über dem Kanal ein außerordentlich dichter Nebel, der die gesamte Schifffahrt für längere Zeit lahmlegte. Die von New York kommenden Amerikadampfer „Aquitania“ und „Berengaria“ konnten erst nachdem sich der Nebel gelegt hatte, in Southampton anlegen. Ein anderer Amerikadampfer mußte die Abfahrt nach New York ebenfalls um einen halben Tag verschieben. Über London herrschte am Mittwoch ein heftiger Schneesturm, der von der kältesten Temperatur begleitet war, die England in diesem Winter erlebte. An vielen Stellen war der Straßenverkehr vollkommen unterbunden, da die Straßen wegen der Vereisung un befahrbar waren.

7 Fahrzeuge stossen zusammen.

Ein Verkehrsunfall, in den nicht weniger als 7 Motorfahrzeuge verwickelt wurden, ereignete sich am Donnerstag vormittag auf der holländischen Straße Nijmegen-Arnhem. Auf der glatten Straße stieß zunächst ein Autobus mit einem Lastkraftwagen zusammen, wobei letzter auch überfuhr und in einen Kanal stürzte. Auf den auf

der Straße stehengebliebenen Autobus fuhr bald darauf ein zweiter Autobus sowie ein Traktor mit Anhänger auf, wobei letzter ebenfalls in den Kanal stürzte. Schließlich fuhren noch drei Lastkraftwagen auf die beiden Omnibusse auf, so daß ein wahres Chaos entstand. Sämtliche Wagen wurden mehr oder weniger schwer beschädigt. Der Verkehr wurde längere Zeit stillgelegt. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Brand Rotterdammer Waren Speicher.

In der Altstadt hat ein Feuer mehrere Waren Speicher zerstört. Durch die Feuerbrunst sind 3 Feuerwehrleute schwer und 21 leicht verletzt worden. Der Sachschaden wird auf 1½ Millionen Gulden berechnet; er ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

„Regenbogen“ in Rio de Janeiro.

Das französische Flugzeug „Regenbogen“ ist nach 10stündigem Flug am Dienstag abend in Rio de Janeiro eingetroffen und unter strömendem Regen glatt

gelandet. Die Entfernung zwischen Rio und Natal beträgt 2250 Kilometer. Auf dem Flugplatz hatte sich eine nach Taxiden zählende Menschenmenge zur Begrüßung eingefunden. Der Führer des Apparates Mermoz erklärte, daß es sich nicht um einen Rekordflug handle, sondern lediglich darum, zu beweisen, daß eine Luftpostverbindung mit Südamerika sehr wohl möglich sei, wenn man das geeignete Material dazu besitzt.

Der Lippenstift als Mörder.

Die Frau eines Weinhändlers in Bordeau (Frankreich) sei töglich unter schweren Vergiftungserscheinungen im Krankenhaus gestorben. Nach vielen erfolglosen Versuchen, Spuren des Giftes in der Umgebung der Verstorbenen ausfindig zu machen, kam man schließlich auf den Gedanken, der Lippenstift der Toten könne vergiftet worden sein. Tatsächlich erwies sich diese Annahme als richtig. Der Geliebte der Weinhändlerfrau, ein Arzthilfer, mußte schließlich im Kreuzverhör zu geben, daß er aus Eifersucht den Lippenstift mit einem Gift präpariert hatte.

Eine arbeitsreiche Stadtratssitzung

Wielinski-Entscheidung des Innenministeriums wird eingelagert. — Die Sensation blieb aus. — Wiederwahl des Stadtratpräsidenten. — Dringlichkeitsantrag in Sachen der Nichtauszahlung der Kopfarbeiterum erfüllungen. — Rechtsopposition hintertriebt wiederum die Abstimmung.

Die gestrige erste Sitzung des Lodzer Stadtrats nach den Weihnachtsferien war der Erledigung einer Reihe von Fragen gewidmet, welchen von der Öffentlichkeit z. T. ein ziemlich starkes Interesse entgegengebracht wurde. Zu diesen Fragen gehörte in erster Linie die Angelegenheit des Dr. Wielinskis, deren Behandlung von der polnischen Presse in sensationeller Weise angekündigt wurde. Die Tribune beschreibt, die in Erwartung dieser „Sensation“ zur gestrigen Stadtratssitzung ziemlich zahlreich erschienen waren, erlebten aber eine starke Enttäuschung, denn ohne Debatte wurde der Antrag des Stadtratspräsidenten auf Einslagung der Entscheidung des Innenministeriums in Sachen der Amtsentscheidung Dr. Wielinskis beim höchsten Verwaltungsgericht angenommen. Das beweist, daß der Stadtrat die Angelegenheit von sich aus für erledigt hält.

Da die gestrige Sitzung die erste in diesem Jahre war, mußte die Neuwahl des Stadtratpräsidenten, der Sekretäre und der Kommissionen für dieses Jahr vorgenommen werden. Präsident, Sekretäre und Kommissionen wurden im alten Stande wiedergewählt.

Stadtvertreter sollen Steuern zahlen von Einkommen, die der Stadtasse zufließen.

St. Pogonowski (PPS) berührte sodann eine einer gewissen Komit nicht entbehrende Frage. Und zwar sind in den Verwaltungen der gemeinnützigen Betriebe, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerk u. a. als Repräsentanten des städtischen Aktienbesitzes verschiedene Magistratsmitglieder und Stadtverordnete vertreten. Auf die von diesen Stadtvertretern bekleideten Ämter in den betreffenden Betrieben entfallen ziemlich beträchtliche Sitzungsentschädigungen, die 1000 und mehr Zloty monatlich betragen. Diese Gelder werden jedoch gänzlich der städtischen Kasse überwiesen. Nun hat aber das Lodzer Finanzamt die betreffenden Stadtvertreter mit einer Einkommenssteuer von diesen Geldern, die sie doch nie vereinnahmt haben, belegt. Im Zusammenhang damit fragt der St. Pogonowski an, ob denn diese Stadtvertreter wirklich zu der in den gemeinnützigen Betrieben unentbehrlich geleisteten Arbeit nun noch in Form der Einkommenssteuer zu zahlen haben.

Auf diese Anfrage gibt der Stadtratspräsident Biemann eine Aussicht. Danach habe sich das Magistrat bereits mit dem Leiter des Lodzer Finanzamtes in Verbindung gesetzt, und dieser habe im Finanzministerium angefragt, wie in diesem Falle zu verfahren sei. Auf alle Fälle würden die Stadtvertreter selbstverständlich persönlich nicht belastet werden. Im übrigen sei der Magistrat augenblicklich mit der Vorbereitung eines Antrages beschäftigt, der für die Stadtvertreter in den genannten Betrieben eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen vorstellt.

Hierbei wurde auch der Beschluss des Stadtrats vom 25. Februar 1928, der besagt, daß die Sitzungsentschädigungen für die Vertreter der Stadt in der Verwaltung des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahngesellschaft der Stadtasse überwiesen werden, auch auf die Aufsichtsratsmitglieder dieser Betriebe ausgedehnt.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, den Mitgliedern der Revisionskommission der städtischen Sparkasse (RSD), deren Tätigkeit mit sehr viel Zeitverlust verbunden ist, Sitzungsentschädigungen in Höhe von 20 Zloty pro Sitzung zu gewähren.

Wielinski-Angelegenheit wird debattierlos erledigt.

Darauf gelangte die Entscheidung des Innenministeriums in Sachen der vom Stadtrat beschlossenen Amtsentscheidung und Ausschließung Dr. Wielinskis zur Behandlung. Rechtsanwalt Hartman schilbert den Verlauf der Angelegenheit. Bekanntlich hat sich das Innenministerium

auf den Standpunkt gestellt, daß nur ein gerichtliches Urteil eine genügende Grundlage für den Ausschluß eines Stadtverordneten sein könne, da ein solches Urteil gegen Dr. Wielinski aber nicht vorliege, sei dessen Ausschluß aus dem Stadtrat und die Abziehung vom Amt nicht rechtmäßig, und hob den Beschluß des Stadtrats auf. Der Lodzer Magistrat jedoch, von der Rechtmäßigkeit seines und des Stadtratsbeschlusses überzeugt, erklärte sich mit dieser minutiösen Entscheidung nicht einverstanden und wandte sich mit einem Antrag an den Stadtrat, diese Entscheidung beim höchsten Verwaltungsgericht einzufügen.

Der Antrag wurde vom Stadtrat ohne jegliche Debatte angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis beweist nun aufs neue, daß Wielinski für die Lodzer Selbstverwaltung moralisch vollständig erledigt ist.

Anschließend wurde ein Magistratsantrag auf Einteilung der Stadt in 23 Schornsteinfeuerbezirke angenommen sowie ein Reglement für das städtische Arbeitshaus beschlossen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Belebung bzw. Ablehnung verschiedener Baupläne, die im Widerspruch zum allgemeinen Regularisierungsplan der Stadt stehen. Diese Gelegenheit nahmen, wie immer, die beiden Hausbesitzervertreter Schötz und Pogonowski wahr, um ihr altes Steckenpferd, den Regularisierungsplan, zu reiten. Mr. Mann Wojciechowski stand den beiden Hausbesitzern hierbei treu zur Seite. Dieses überaus schlecht zusammenpassende Kleidblatt wurde jedoch vom Schöffen der Bauabteilung Jędrzejowski dahin aufgelöst, daß die von ihm aufgefahrene großen „Kanonen“ wenig logische Begründung haben. Die vorliegenden Angelegenheiten wurden sämtlich im Sinn des Magistratsantrages beschlossen.

Gegen die Kürzung der Kopfarbeiterunterstützungen.

Im Verlauf der Sitzung wurde von den sozialistischen Fraktionen ein Dringlichkeitsantrag eingebrochen, in welchem Protest gegen die Nichtauszahlung der Unterstützungen an die arbeitslosen Kopfarbeiter in der gesetzlich vorgesehenen Höhe erhoben wird. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Beginnend vom Januar d. Js. werden den arbeitslosen Kopfarbeitern vom ZUPU nur 40 Prozent der ihnen zustehenden Arbeitslosenunterstützungen ausgeschüttet. Da ein solches Vorgehen des ZUPU eine Rechtswidrigkeit darstellt und davon annähernd 2000 arbeitslose Kopfarbeiter in Lodz betroffen werden, was nur zu noch größerer Verarmung derselben beiträgt, erhebt der Stadtrat hiergegen schärfsten Protest und fordert den Magistrat auf, an die Regierungsstellen mit der Forderung heranzutreten, den Kopfarbeitern die ihnen zustehenden Rechte gemäß dem verpflichtender Gesetz wieder zuzuerkennen.“

Dieser Antrag sollte am Ende der Sitzung ebenso wie weitere Dringlichkeitsanträge, enthaltend die Forderung nach Herauslegung der Wohnungsmieten und den Protest gegen das neue Vereinsgesetz, zur Abstimmung gestellt werden. Die beiden letzten Anträge sind bereits in der vorherigen Sitzung des Stadtrats eingebrochen worden, doch wurde ihre Annahme durch Zersetzung des Quorum durch die Rechtsopposition unmöglich gemacht. Dasselbe geschah auch gestern. Als diese für die breite Masse der werktätigen Bevölkerung so lebenswichtigen Anträge zur Abstimmung gelangen sollten, beanstandete St. Schott das Quorum und die Sitzung mußte wegen mangelnden Quorums geschlossen werden, ohne daß die Abstimmung über diese Anträge vorgenommen wurde. Damit hat die Opposition wiederum gezeigt, wie stupellos sie vorgeht, wenn es sich um Arbeiterfragen handelt.

Lagesneigkeiten.

Anschläge auf die Arbeiterurlaube.

Vorgestern abend fand eine Delegiertenversammlung des Praca-Verbandes statt, in der über die Anschläge der Industriellen gegen die Arbeiterurlaube beraten wurde.

Wie aus dem Bericht der Delegierten hervorging, ist den Arbeitern der Firma Barcinski gekündigt und erklärt worden, daß ihnen zwar der Urlaub zufolge, daß ihnen aber die Firma die Wahl lasse, entweder auf den Urlaub zu verzichten oder stempeln zu gehen. Auch in die Firma "L. Geyer" soll Dir. Golembiowski den Arbeitern erklärt haben, daß sie entweder auf den Urlaub verzichten sollen oder entlassen werden.

Die Versammelten beschlossen, sich an den Arbeitsinspektor mit der Forderung zu wenden, damit in dieser Angemessenheit energische Schritte unternommen würden, da das Verhalten der Industriellen dem Gesetz zuwiderlaufe. (p)

Eltern der Schüler der Schule 90!

In Sachen der Umschulungsanträge.

Durch die Auflösung der deutschen Volksschule Nr. 90 und Anschluß der 3., 4. und 5. Schulklassen dieser Schule an die Volksschule Nr. 93, die jetzt die Nummer 90 erhalten hat, ist der Weg für eine große Anzahl der umgeschulten Schüler und Schülerinnen von ihrem Wohnort bis zum neuen Schulgebäude in der Zielonastraße weiter als das vom Gesetz zulässige Maß von 3 Kilometer geworden, denn er beträgt in manchen Fällen sogar 5 Km. und mehr. Auf diesen Umstand wurde bei der ersten Intervention beim Lodzer Schulinspektor in Sachen der Aufrichterhaltung der alten Schule mit allem Nachdruck hingewiesen. Da bei dieser Intervention der Schulinspektor bei seinem einmal eingenommenen Standpunkt der Zusammenlegung der Volksschulen 90 und 93 blieb — gegen diese Maßnahme ist dem Warschauer Schulrat ein Memorial zugeleitet worden —, haben die Eltern der Schulkinder der bisherigen Schule 90 auf der Elternversammlung im "Fortschritt"-Verein beschlossen, von ihrem geistlichen Recht Gebrauch zu machen und 71 Anträge auf Umschulung ihrer Kinder aus der neuen Schule 90 in der Zielonastraße in eine der deutschen Volksschulen 112 und 110, die sich näher dem Wohnorte der Kinder befinden, an den Schulinspektor zu stellen. Die Umschulungsanträge umfassen 38 Schüler und Schülerinnen der 3. Abteilung, 20 — der 4. Abteilung und 13 — der 5. Abteilung. Unter den Umschulungsanträgen befinden sich auch einige, die nicht des weiten Schulweges wegen, sondern infolge des krankhaften Zustandes des Kindes gestellt wurden.

In Sachen der Umschulungsanträge sprachen gestern Redakteur E. Zerbe und die Klassenvorwürde Fechner und Geißler beim Schulinspektor Dobrowolski vor, der von sich aus denstellvertretenden Schulinspektor für die deutschen Volksschulen Rotula bat, an der Besprechung teilzunehmen. Redakteur E. Zerbe wies darauf hin, daß von den etwa 150 Schulkindern der 3., 4. und 5. Abteilung, die der ehemaligen Schule 93 angegliedert waren, 71 Eltern mit dieser Sache nicht zufrieden sind und die Umschulung ihrer Kinder an einen anderen Wohnort näher gelegene Schule verlangen, wozu sie sich sogar auf gesetzliche Vorrichtungen stützen können. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die schulbehördliche Maßnahme zumindestens nicht der Sache entsprechend erfolgt ist. Es wäre, wenn schon

die Auflösung der ehemaligen Schule 90 zu erfolgen hatte, besser gewesen, die erwähnten oberen Klassen ganz nach den Volksschulen 112 und 110 zu übertragen. Auf diesen Hinweis erklärte Schulinspektor Dobrowolski, daß er seinen Standpunkt betreffs der Übertragung dieser Klassen nach der neuen Schule 93 (jetzt 90) aufrechterhalte; was dagegen die Umschulungsanträge betreffe, so haben die Eltern derjenigen Schulkinder, für die der Schulweg in einer Seite mehr als 3 Kilometer ausmacht, das geistliche Recht die Zuteilung ihrer Kinder, einer dem Wohnort derselben näher gelegenen Schule zu verlangen. Mit dieser Angelegenheit wird sich das Schulinspektorat beschäftigen, wenn die Umschulungsanträge vom Schulleiter der jeweilen Schule 90 dem Inspektorat zugeleitet sein werden.

Die Umschulungsanträge werden heute dem Leiter der neuen Schule 90, Schiefer, überreicht werden, der seitens die Anträge mit einer Stellungnahme binnen drei Tagen dem Schulinspektorat zuzuleiten hat.

Umgruppierungen bei Scheibler.

Vorgestern wurde die Zahl der in der Pfaffendorfer Spinnerei beschäftigten Arbeiter durch Werkstätte aus der Grohmannschen Spinnerei und aus der Zentrale am Wodny Rynek vergrößert. Da das Arbeitstempo infolge der weit fortgeschrittenen Rationalisierung in Pfaffendorf erheblich schneller als in der Zentrale am Wodny Rynek oder in der Grohmannschen Spinnerei ist, konnte ein großer Teil der Arbeiter der Geschwindigkeit der Maschinen nicht folgen. Zwei Stunden nach Anstellung der neuen Arbeiter wurden 15 von ihnen wieder entlassen.

Als bekannt wurde, daß der Betrieb in Pfaffendorf erweitert werden solle, sammelten sich vor der Fabrik mehrere hundert Arbeitslose an, in der Hoffnung, Arbeit zu erhalten. Gestern ist gemäß der Ankündigung die Weberei in der Klinitschstraße in Betrieb gesetzt worden. Es wurden 600 Arbeiter und 30 Meister angestellt. (p)

Sammelvertrag in der Lebensmittelindustrie nicht unterschrieben.

Gestern fand im Arbeitsinspektorat die angekündigte Konferenz statt, in der über einen Sammelvertrag zwischen den Bäckermeistern und -Gesellen beraten wurde. An dieser Konferenz, die vom Arbeitsinspektor Wojciechowicz geleitet wurde, nahmen Vertreter der christlichen und jüdischen Bäckerinnung und der im Lebensmittelverband zusammengeschlossenen Angestellten teil. Zu einer Einigung kam es nicht, da die Bäckereibeiher nur unter der Bedingung mit dem Abschluß eines Sammelvertrages einverstanden waren, daß die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt werden. Darauf liehen sich die Vertreter der Gesellen nicht ein. Als der Arbeitsinspektor den Vorschlag machte, sich auf 15 Prozent Lohnkürzung zu einigen, baten sich beide Parteien Beden Zeit aus. Die nächste Konferenz wurde auf den 28. Januar, 11 Uhr vormittags, festgesetzt. (p)

Achtung!

Wollt Ihr einige frohe Stunden unter gleichgesinnten verbringen, so nimmt die Gelegenheit wahr und besucht die am Sonnabend, den 21. Januar, stattfindende Gründungsfeier der Ortsgruppe Lodz-Zentrum der D.S.A.P. Beginn 7 Uhr abends. Im Lokal Nawrot-Strasse Nr. 23

Werkätigkeit

"Na, einen Kinnhaken — und der Alte lag am Boden", sagte der Stift Heinrich.

"Halte deinen Mund, dummer Junge!" räunte Franz Müller, der Kassierer. Dann fuhr er fort: "Ganz recht hat der Alte. Ist das nicht traurig, wenn sein Sohn seine Spur von Interesse hat für seinen schönen Betrieb. Wo er doch der Einzige ist, und wo alles auf ihn wartet. Er hätte trotzdem noch Zeit genug, seinem Sport nachzugeben, auch wenn er sich um das Geschäft kümmerte. Es wäre gut, wenn ihm sein Vater endlich den Kopf zurechtschneiden würde."

"Ja, du hast recht, Franz!" sagte Arnold Becker. "Unser eins wäre froh, wenn er sich nebenbei ein wenig Sport leisten könnte. Aber dazu reicht weder die Zeit noch das Geld."

"Niemand weiß das wohl besser als ich", sagte Müller. "Das leidige Geld; das ist schon schrecklich. Uebrigens — da fällt mir gerade mein Los ein. Wollen Sie mir einen Gefallen tun, Winterchen? Sie kommen auf Ihrem Heimweg am Neumarkt vorüber, an meiner Lotterie-Ginnahme. Würden Sie dort für mich mein Los bezahlen? Es ist höchste Zeit, und es dauert nur einen Augenblick. Ich verlasse so viel Zeit, und Sie wissen ja, daß wir unser Kind erwarten. Da möchte ich so schnell wie möglich nach Hause. Wollen Sie's für mich erledigen, Fräulein Winter?"

"Selbstverständlich, Herr Müller! Das macht mir nicht viel aus. Aber, Herr Müller, glauben Sie denn an das Glück, zu gewinnen?"

"Glauben oder nicht; man hofft halt immer wieder.

"Wenn man ein Los allein spielt, kann man fünfhunderttausend Mark gewinnen, wenn es das Große Los ist. Und warum soll man nicht auch einmal Glück haben?"

"Na, mir ist mein Geld zu schade dafür. Das ist ja alles doch nur Schwindel."

"Das dürfen Sie nicht sagen, Winterchen! Das ist ein großer Irrtum von Ihnen. Die Lotterie ist eine staatliche Einrichtung; da kann man doch nicht von Schwindel sprechen."

"Schwindel gerade nicht", meinte jetzt Friedel Behr.

"Aber herauskommen tut bei der ganzen Sache nichts. Mein Vater spielt schon sein ganzes Leben lang; aber gewonnen hat er bis jetzt kaum etwas, geschweige denn das Große Los."

"Na, da hören Sie es, Herr Müller. Mich wundert nur, daß Ihnen das schöne Geld nicht leid tut."

"Ah, ihr dummen Mädels, es ist für unsreinen doch die einzige Möglichkeit, zu Geld zu kommen. Ich keine viele, die schon einmal einen guten Treffer gemacht haben. Lieber spare ich mir das Geld am Tabak ab oder an irgend sonst etwas. Vielleicht habe ich doch mal Glück; ich gebe jedenfalls die Hoffnung nicht auf."

"Ruh, Müllerchen, ich werde Ihnen jedenfalls die Sache besorgen. Aber, das sage ich Ihnen, wenn Sie das Große Los gewinnen, dann müssen Sie mir tausend Mark abgeben."

"Soll mir nicht darauf ankommen, Winterchen, wenn es wirklich das Große Los ist. Sie müssen mir nur den Daumen halten."

Nach Geschäftsschluss, um fünf Uhr nachmittags, ging Magdalene nach Hause. Sie war reichlich abgespannt heute. Der Chef war so nervös gewesen; alles hatte ihm nicht gepaßt. Immer wieder mußten die Briefe abgeändert werden, immer wieder hatte er etwas auszusagen gehabt.

Es war schon eine Quälerei um das bisschen Geld! Wenn sie nur aus dieser Misere herauskommen könnte. Sie hatte es wirklich über.

Und dann: wie langweilig war es in dieser kleinen Stadt! In ihren Träumen malte sie sich immer ein Leben in der Großstadt aus, in Berlin oder in Paris oder in London. Wenn sie nur einmal so wohin kommen könnte! Dann würde sie gern wieder zu ihrer bescheidenen Tätigkeit zurückkehren.

Ein einziges Mal heraus aus diesem eintönigen Leben! Ein einziges Mal die große Welt sehen, das Leben kennen lernen.

Dann würde sie ja gern wieder an ihre Schreibmaschine zurückkehren.

(Fortsetzung folgt.)



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

[4] "Anfang? Aber, Vater, wie kannst du das sagen! Zu mir, dem zukünftigen Box-Champion."

"Hörte einmal, mein Sohn. So lange das Ganze nichts war als Sport, gut. Seitdem ich aber merke, daß es bei dir ernster zu sein scheint, daß du mit dem Gedanken spielst, den Sport als Beruf zu ergreifen, seitdem kann und will ich nicht mehr ruhig zusehen. Da muß beizeiten ein Riegel vorgeschnitten werden. Und ich sage dir ganz ernstlich: Schluß damit, heute noch! Ich habe jetzt genug davon!"

Theobald Fischer war blaß geworden. Dieser energische Befehl seines Vaters kam ihm völlig unerwartet.

"Wenn nun aber mein Herz daran hängt, Boxer zu werden? Wenn mir der Beruf eines Kaufmanns einfach nicht liegt?" sagte er trocken.

"Da hört doch alles auf. Ich gebe dir Zeit zum Überlegen bis heute abend. Meinen Standpunkt kennst du. Du kannst dich entscheiden, ob du dich danach richten willst oder nicht. Und du magst mir heute abend deinen Entschluß mitteilen."

Magdalene Winter kam gerade ins Büro zurück, als die anderen Frühstückspause hielten. Sie war ganz aufgereggt.

"Kinder, der Theo kann einem leid tun. Jetzt hat ihn der Alte wieder am Kragen, wegen seiner Boxerei. Ich glaube, da geht es hart zu."

"Ah, er tut mir leid, der schöne Theo. Und gerade seine Boxkunst macht ihn noch interessanter", meinte Inge Heinrich.

Das Budget 1933—34 der Lodzer Selbstverwaltung

auf der gestrigen Magistratssitzung

Gestern fand unter Vorsitz des Stadtpräsidenten Ziemienski eine Sitzung des Magistrats statt. Es wurde der Haushaltsvoranschlag für die Lodzer Selbstverwaltung für 1933/34 besprochen. Das Budget der Stadt Lodz zieht auf Seiten der ordentlichen Einnahmen 23 867 922 Zloty vor. In den ordentlichen Ausgaben 23 436 294 Zloty, was einen Einnahmenüberschuss von 431 628 Zloty ergeben würde. Abgesehen von diesen Summen ist noch ein Ausgaben- und Einnahmenentwurf im außerordentlichen Teil vorgelesen, der die Gasanstalt, die Kommunalsparkasse, die städtischen Unternehmen usw. umfasst. Der gestern vom Magistrat angenommene Budgetentwurf wird jetzt dem Stadtrat zur Prüfung zugesandt werden. (a)

Vereidigung der Schöffen des Arbeitsgerichts.

Im 6. Saal des Lodzer Bezirksgerichts fand gestern vor dem Richter Bajlowksi die Vereidigung der neuernannten Schöffen des Arbeitsgerichts beim Lodzer Bezirksgericht statt. Vereidigt wurden 70 Schöffen und 140 Stellvertreter. (a)

Die Tätigkeit der Rettungsbereitschaft im Jahre 1932.

Im Laufe des vergangenen Jahres erteilte die Rettungsbereitschaft in 7239 Fällen Hilfe. In der Stadt wurde 5221 Personen und im Ambulatorium 2072 Personen Hilfe erweisen, davon waren 3088 Männer, 3532 Frauen und 673 Kinder. In Krankenhäusern gebracht wurden 2544 Personen, nach Hause 709 Personen. In den anderen Fällen wurde nur ärztliche Hilfe erteilt. Plötzliche Erkrankungen auf der Straße waren 2218 zu verzeichnen, davon waren Nervenanfälle: 163, Ohnmachtsanfälle: 293, Alkoholvergiftungen: 49, Vergiftungen durch Speisen: 52, Gasvergiftungen: 49, andere Unfälle: 1533. 79 Erkrankungen verliefen tödlich.

Ferner erteilte die Rettungsbereitschaft in 3741 Fällen von Verlebungen Hilfe. Davon waren 14 Gehirnverletzungen, 2224 Stich- und Schnittwunden, 35 Schußwunden, 299 Knochenbrüche, 277 Blutsüsse, 75 Verbrennungen, 462 Erstickungsanfälle, 336 andere. 18 Verwundungen endeten mit dem Tode. Selbstmordversuche waren 329 zu verzeichnen, davon 204 durch Giftgenuss, 13 durch Schußverlebungen, 32 durch Schnittverlebungen, 10 durch Erhängen, 27 durch Herabprüngen aus Fenster. 42 Selbstmordversuche verliefen tödlich. Von Autos überfahren wurden 159 Personen, von Straßenbahnen 31, von anderen Gefährtten 107. Messerstechereien waren 265, Schlägereien 1024 zu verzeichnen. (p)

Wieder drei Brände.

In der Papierpulsafrak von Leisner und Hochberg (Morlastraße 3) brach gestern in den Morgenstunden infolge Aufstauens der Wasserröhren mit einer Benzinklampe Feuer aus. Der 1. und 2. Zug der Lodzer Feuerwehr konnte in zweistündiger Arbeit den Brand löschen. Der Schaden wird auf 20 000 Zloty angegeben. — In der Fabrik von Moritz Taumann (Juliusstraße 6) entstand aus derselben Ursache ein Brand, den der 2. und 3. Zug der Feuerwehr löschte. — Im Hause Trauguttastraße 2 brach in der Wohnung von Leiberg (2. Stock) Feuer aus, das vom 2. Zug der Wehr gelöscht wurde. (a)

Gefährlicher Wohnhausbrand.

Gestern abends wurde die Feuerwehr zu einem Brände im Hause 74 in der 11-go Listopada-Straße gerufen. Dort war im ersten Stockwerk des linken Quergebäudes durch den angeheizten Ofen ein Brand entstanden, der dazu führte, daß der Fußboden einstürzte und das Feuer in die daruntergelegene Wohnung drang. Nach längerer Rettungsarbeit gelang es das Feuer zu löschen. Der Schaden ist sehr beträchtlich. (a)

Schneider erhängt sich im Kleiderschrank.

Gestern vormittags erhängte sich der 39 Jahre alte Wolf Eichenrad, Schneider von Beruf (Poludniowa 21), in dem Kleiderschrank seiner Wohnung. Jede Hilfe kam zu spät. (p)

Der Hunger.

Auf dem Baluter Ringe brach der aus dem Flecken Kopice (Kreis Słupca) auf der Suche nach Arbeit in Lodz eingetroffene 56jährige Josef Maciążek infolge von Erhöhung ohnmächtig zusammen. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Potasza, Plac Kościelny 10; A. Charemza, Polonia 10; E. Müller, Piastowska 46; M. Epstein, Piastowska 225; Z. Gorczycki, Przejazd 59; G. Antoniewicz, Fabianicka 50.

Aus dem Gerichtsstaat.

Das eigene Kind erwürgt, dann verbrannt

Die Mutter zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 27. September 1932 fanden zwei kleine Mädchen auf der Chaussee, die nach Aleksandrow führt, in der Nähe von Kalisz im Straßengraben ein in ein Tuch gewickeltes Paar. Darin befand sich der verfahrene Körper eines Kindes, dem Kopf und Beine fehlten. Die Einwohnerin von Kalisz Feliksa Szulikowska erkannte das Tuch als das Eigentum ihrer Nachbarin, der 22 Jahre alten Else Leokazia Jeste. Die hieron verständigte Polizei verhaftete die Jeste. Noch vor der Verhaftung wurde festgestellt, daß die Jeste im Januar 1932 ein Kind gehabt hatte, das Mitte September verschwunden war. Die Jeste hatte den Nachbarn erzählt, daß sie das Kind nach dem Anna-

Marien-Krankenhaus gebracht habe, wo es gestorben sei. Anfänglich leugnete die Frau jede Schuld, schließlich gab sie aber zu, das Kind erwürgt und dann verbrannt zu haben.

Gestern hatte sich die Mutter vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Die Angeklagte war geständig. Aus den Zeugenaussagen ging hervor, daß die Angeklagte das Kind mißhandelt hatte. Die Angeklagte versuchte ihre Tat damit zu entschuldigen, daß sie sich des Kindes entledigen mußte, weil sie Not gelitten habe. Sie wurde zu 8 Jahren Gefängnis und Verlust der Rechte verurteilt. (p)

Anderthalb Jahre Gefängnis wegen Falschgeldverbreitung.

Vor dem Lodzer Bezirksgericht hatte sich gestern der 62 Jahre alte Stanislaw Tomasewski wegen Falschgeldverbreitung zu verantworten. Er war an der Ecke Skieriewicka- und Przędzalnianastraße verhaftet worden, kurz nachdem er falsches Geld ausgegeben hatte. Er wurde zu einer halb Jahren Gefängnis verurteilt. (p)

Verurteilung eines Mörders.

Am 2. Oktober v. J. betrat ein Edmund Lange und ein Ulrich den Hof in der Targowa 67. Beide lehnen von einem Gelage bei einem Lindner zurück und wollten sich zu einem Bekannten begeben. In diesem Moment verließ das Hinterhaus der als Kaffeeler bekannte Wacław Hause, der sich ebenfalls in betrunkenem Zustand befand. Er versetzte Lange beim Vorübergehen einen solchen Stoß, daß dieser zu Boden fiel. Lange sprang auf und marschierte mit dem Spazierstock auf den Angreifer. Dieser lief in die auf dem Hof befindliche Schreinerei und kam bald darauf mit zwei Feilen zurück. Eine davon stieß er Lange in die Brust. Das verursachte den sofortigen Tod.

Gestern hatte er sich vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Er bekannte sich nicht zur Schuld, sondern erklärte, betrunken gewesen zu sein. Der Angeklagte wurde zu 3 Jahren Gefängnis und Verlust der Rechte verurteilt.

Eltern sollen an der Erziehung und Gesundheit ihrer Kinder nichts fehlen lassen.

Die wissenschaftlichen Arbeiten über den Wert der Vitamine sind ein großer Fortschritt für die Erziehung und das Wachstum des Kindes, sowie für die Behandlung der rachitischen und strohhaften Kinder von ganz besonderer Bedeutung. Jede Mutter müßte ihrem Kind mehrere Wochen lang Scotts Emulsion geben, weil sie hierdurch das Kind widerstandsfähig macht gegen Ansteckungsgeschäfte, wie Erkältung, Grippe, und dem Kind wertvolle Nährmittel in leichter Weise zuführt.

Aus dem Reiche.

Die Weichsel zugefroren.

Das Eisstreifen auf dem Unterlauf des Weichselstroms hatte in den letzten Tagen stark zugenommen. Am Sonnabend waren die Eismassen infolge des starken Frostes und des durch den niedrigen Wasserstand bedingten geringen Stromes so dicht, daß sie kaum noch nach See abslossen. In der Nacht zum Sonntag kamen die stark zusammengehobenen Eismassen an der Mündung zum Stehen. Der Strom war in seiner ganzen Breite mit einer festen Eisdicke überzogen. Bei Dirschau kam die Weichsel zum Stehen, nachdem sich bereits vorher zwischen Warschau und Thorn sowie nach Graudenz hinaus festes Eis gebildet hatte. Im Freistaatgebiet mußten einige Fahrzeuge den Betrieb einstellen. Erst nachdem Eisbrecher eingesetzt worden waren, konnte der Frachtbetrieb aufrecht erhalten werden. Der Passagierdampferverkehr auf der Weichsel ist gänzlich eingestellt worden.

Rekrutenaushebungskandal in Warschau.

Einige Unteroffiziere des Sanitätsdienstes verhaftet.

Die Heeresverwaltung ist in Warschau einer Bande auf die Spur gekommen, die sich die Befreiung von Rekruten von der Militärdienstpflicht zum lohnenden Erwerb gemacht hatte. Damit im Zusammenhang wurden einige Unteroffiziere des Sanitätsdienstes verhaftet, die mit der Bande gemeinsame Sache machten. Auch zahlreiche Rekruten, hauptsächlich mosaischen Bekenntnisses, sind festgenommen worden, die sich durch die aufgedeckte Schiebung drücken wollten.

Diese Schiebungen beruhen auf einer denkbaren primitiven Methode. Den Rekruten, die sich mit dem Kommissbrot nicht befrieden wollten, wurde von der organisierten Bande empfohlen, bei der Aushebung über Nierenbeschwerden zu klagen. Der Arzt der Ausmusterungskommission schickte solche Drückerberge nach dem Krankenhaus, wo sie von Sanitätern in Behandlung genommen wurden, die mit der Bande zusammenarbeiteten. In der Regel fielen die von den Sanitätern gefälschten Analysen für den Rekruten so günstig aus, daß ihre Befreiung vom Militärdienst wegen Untauglichkeit erfolgen mußte. Auf diese Weise ist eine ganze Anzahl von gesunden Rekruten der Dienstpflicht ausgewichen.

Weltema „Ferrum“ vor der Stilllegung

Am 24. Januar soll die Stilllegung der Firma „Ferrum“ in Jaworzno bei Katowice erfolgen, des einzigen Unternehmens Oberschlesiens, das durch seine Roh-

eisenfabrikation Weltruh genoß. Die Eisenhütte gehört zum Konzern „Frieden“.

Die Lahmlegung des Werkes soll infolge des Fehlens von Krediten und Bestellungen erfolgen. 400 Arbeitern droht der Stellungsverlust. Am Orte weilt ein Demobilisierungskommissar, der die Lage prüfen soll, doch sind keine Aussichten dafür vorhanden, daß das Werk in Tätigkeit bleiben wird. Einer der Direktoren erklärte, daß das Werk auch dann stillgelegt werden muß, wenn die Arbeiter auf 30 bis 40 Prozent der bisherigen Löhne verzichten sollten. Die Arbeiter haben energisch gegen die Stilllegung protestiert und ersuchten um eine nochmalige Überprüfung der Kalkulation und der Aufträge. Dem stimmt der Demobilisierungskommissar zu und vertagte die Entscheidung. Die Verwaltung will trotzdem das Werk am 24. schließen.

Ein Kaufmann, der Rauchgashsmuggel im Zuge Prag—Warschau verhaftet.

Die Warschauer Polizei wurde gestern davon in Kenntnis gezeigt, daß in einem Abteil I. Klasse des Zuges Prag—Warschau sich ein Transport Rauchgas befindet. Geheimpolizisten besetzten den Zug. In dem erwähnten Abteil befand sich ein in Warschau gut bekannter Kaufmann, dessen Name aber noch nicht bekannt gegeben wurde. Der Kaufmann roch den Braten und wollte sich auf einer kleinen Station vor Warschau dünn machen. Der Geheimpolizist, der in demselben Abteil fuhr, verhinderte die Flucht. Im Reisekoffer des Kaufmannes fand man 2½ Kilogramm Morphium. Der Verhaftete nannte zwei Komplizen, tschechische Bürger. Die Staatsanwaltschaft in Warschau setzte sich in dieser Angelegenheit mit der tschechischen Behörde in Verbindung.

Petrifau. Mieterversammlung. Der Lodzer Mieterverband hat in Petrifau eine große Versammlung veranstaltet, an der etwa 3000 Personen teilnahmen. Die Versammelten saßen eine Entschließung, in der sie von der Regierung und dem Sejm eine Herabsetzung der bisherigen Miete um 50 Prozent, die Herausgabe einer Verfügung über die Requirierung leerer Wohnungen und die Einstellung aller Ausflüchtungen verlangen. Eine ebensolche Versammlung wurde auch in Radomsko abgehalten. (a)

Kalisz. „Europa“ brennt. Vorgestern entstand auf dem Dachboden des Hotels „Europa“ in Kalisz infolge schlechter Beschaffenheit eines Schornsteins ein Brand. Zunächst fing der Ruß Feuer, worauf die Wälle und auf dem Boden befindliche ältere Gegenstände zu brennen begannen. Als die Nachricht von dem Brande bekannt wurde, entstand unter den Hotelgästen eine Panik. Die Feuerwehr riß auf dem Dachboden einen Teil des Daches und des Fußbodens heraus, wodurch es möglich war, die Flammen zu unterdrücken. (p)

Krieg um einen Wald. Zwischen den Einwohnern des Dorfes Tuliskow im Kreise Kalisz und dem Besitzer des dortigen Vorwerks bestehen seit längerer Zeit Zwistigkeiten wegen eines Waldes. Vorgestern kam es deshalb zu unliebsamen Begegnheiten. Eine Gruppe Bauern hatte sich mit Alexten versehen in den Wald begaben, wo sie mit dem Fällen von Bäumen begannen. Angestellte des Vorwerks wollen sie daran hindern, doch mußten sie sich zurückziehen, da die Bauern in der Mehrzahl waren. Auch ein herbeigeholter Polizist konnte der Lage Herr werden. Es entwickelte sich ein Handgemenge, während dessen mehrere Personen vom Gutspersonal verletzt wurden. Als der Polizist einen Schlag mit einer Art erhalten hatte, gab er einen Schuß ab, der bewirkte, daß die Bauern die Flucht ergreiften. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wer an diesem Zwischenfall die Schuld trägt.

Aus dem Deutschen Gesellschaftsleben

Lichtbildvortrag. Heute, 7.30 Uhr abends, hält Pastor Schedler im Konfirmandensaal der St. Trinitatis-Gemeinde zum wiederholten Male den Lichtbildvortrag: „Die sittliche Reinheit im Lichte der Bibel“. Der Vortrag ist nur für Erwachsene bestimmt.

Verein deutschsprechender Katholiken. Die für Sonntag, den 22. d. Mts., angekündigte Monatsversammlung findet aus technischen Gründen nicht statt.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Erläuterungen der Stadt Lodz.

Freitag, den 19. Januar, um 7.30 Uhr abends, findet eine Sitzung der Exekutive der Stadt Lodz statt.

Vorlesungen.

Geb.	Paris	Prag	Schweiz	Wien	Italien
Berlin	212.12	—	—	—	26.43
Łódź	—	—	—	—	171.95
London	29.90	—	—	—	—
Newark	8.92,5	—	—	—	45.72

Ein Hausbesitzer-Witz.

Eben sind von Ihrem Hause ein paar Dachziegel heruntergestürzt.“

„Gott sei Dank, endlich wirft das Haus wieder etwas ab.“